REGIONALGESETZ VOM 12. DEZEMBER 2014, NR. 12

Bestimmungen für die Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2015 und des Mehrjahreshaushaltes 2015-2017 der Autonomen Region Trentino – Südtirol (Finanzgesetz)¹

Art. 1 Änderung des Art. 3 des Regionalgesetzes vom 14. August 1999, Nr. 5 (Bestimmungen betreffend die Ordnung der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern Trient und Bozen) mit seinen späteren Änderungen

(1) Art. 3 des Regionalgesetzes vom 14. August 1999, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen wird wie folgt geändert:

- a) (...)²
- b) (...)³

Art. 2 Einführung des Art. 39-ter des Regionalgesetzes vom 15. Juli 2009, Nr. 3 (Bestimmungen über den Haushalt und das Rechnungswesen der Region)

(1) (...)⁴

¹ Im ABl. vom 16. Dezember 2014, Nr. 50, Sondernummer Nr. 2.

² Ändert den Art. 3 Abs. 2 des Regionalgesetzes vom 14. August 1999, Nr. 5.

³ Ändert den Art. 1 Abs. 3 des Regionalgesetzes vom 13. Dezember 1999, Nr. 5.

⁴ Fügt im Regionalgesetz vom 15. Juli 2009, Nr. 3 nach dem Art. 39-*bis* den Art. 39-*ter* ein.

Art. 3 Neue Ausgabenermächtigungen und Deckung der Ausgaben

(1) Für die Zwecke laut Art. 4 Abs. 1 des Regionalgesetzes vom 21. Dezember 2004, Nr. 5 ist für das Haushaltsjahr 2017 die Ausgabe in Höhe von 1.050.000,00 Euro vorgesehen, und zwar 750.000,00 Euro in der Haushaltsgrundeinheit 03125 und 300.000,00 Euro in der Haushaltsgrundeinheit 03210.

(2) Die sich aus der Anwendung des Abs. 1 ergebenden Ausgaben werden durch die im Haushalt der Region bereits vorgesehenen Ausgabenansätze zu Lasten des Haushaltsjahres 2017 in der Haushaltsgrundeinheit 03125 (550.000,00 Euro) und in der Haushaltsgrundeinheit 03210 (300.000,00 Euro), die für die Maßnahmen laut Art. 4 des Regionalgesetzes vom 21. Dezember 2004, Nr. 5 genehmigt wurden, sowie durch Kürzung der in der Haushaltsgrundeinheit 03100 für das Jahr 2017 durch das Regionalgesetz vom 20. November 1999, Nr. 8 verfügten Ausgabenermächtigungen (200.000,00 Euro) gedeckt.

(3) Für die darauf folgenden Finanzjahre werden die Ausgaben mittels Haushaltsgesetz im Sinne des Art. 3 des Regionalgesetzes vom 15. Juli 2009, Nr. 3 (Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region) gedeckt.

Art. 4 Bestimmungen zur Eindämmung der Ausgaben

(1) Die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausgaben laut Art. 2 Abs. 7 Buchst. a) des Regionalgesetzes vom 14. Dezember 2010, Nr. 4 (Bestimmungen für die Erstellung des Haushaltes für das Jahr 2011 und des Mehrjahreshaushaltes 2011-2013 der Autonomen Region Trentino-Südtirol – Finanzgesetz) gelten bis zum 29. Juli 2015 und die Maßnahmen laut Art. 1 Abs. 1 des

Regionalgesetzes vom 18. Juni 2012, Nr. 3 (Dringende Bestimmungen betreffend das Personal der Region, die Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die Ordnung der öffentlichen Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste und die Ergänzungsvorsorge) gelten bis zum 31. Dezember 2015, außer im Falle, dass die entsprechenden Maßnahmen auf staatlicher Ebene nicht bestätigt werden.⁵

(2) In Berücksichtigung von Art. 3 Abs. 4 und 7 des Gesetzesdekretes Nr. 95 vom 6. Juli 2012, mit dem Gesetz Nr. 135 vom 7. August 2012 abgeändert und zum Gesetz erhoben, und um die öffentlichen Ausgaben einzudämmen, wird der Mietzins in Bezug auf die passiven Mietverträge von Liegenschaften für institutionelle Zwecke, die von den Organen der Region abgeschlossen wurden, ab Inkrafttreten dieses Gesetzes um 15 Prozent, bezogen auf den derzeit bezahlten Mietzins, reduziert. Die Reduzierung des Mietzinses erfolgt gemäß den Modalitäten und Bedingungen wie sie im Art. 3 Abs. 4 des Gesetzesdekretes vom 6. Juli 2012, Nr. 95, vorgesehen sind. Auf allfällige neu abzuschließende Mietverträge wird die Reduzierung von 15 Prozent auf den für angemessen befundenen Mietzins angewandt.

Art. 5 Verbot der Beauftragung von Arbeitnehmern im Ruhestand

(1) Die Region, die Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern sowie deren instrumentale Einrichtungen dürfen ehemaligen, in den Ruhestand versetzten Arbeitnehmern des privaten oder öffentlichen Sektors weder

⁵ Der Absatz wurde durch den Art. 2 Abs. 1 des Regionalgesetzes vom 15. Dezember 2015, Nr. 28 (Regionales Stabilitätsgesetz 2016) geändert.

Beratungs-, Mitarbeits-, Studien- und Forschungsaufträge noch Führungs- oder Direktionsaufträge erteilen. Ferner ist es verboten, an diese Ämter in Regierungsorganen der instrumentalen Einrichtungen der Region bzw. der Handelskammern zu vergeben.

(2) Unbeschadet bleibt die Möglichkeit der Erteilung unentgeltlicher Aufträge, wobei auf jeden Fall die eventuellen mit der Beauftragung verbundenen Ausgaben unter Berücksichtigung der in den Verordnungen über die Rückerstattung der Spesen der Mitglieder von Gremien und Kommissionen festgelegten Grenzen rückerstattet werden, sofern genannte Ausgaben belegt werden.

(3) Bei Nichtbeachtung der in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen wird der Verfall des Auftrags verfügt.

(4) Die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes vergebenen Aufträge und Ämter werden bis zu deren Ende weiterhin durch die vorher geltenden Bestimmungen geregelt.

Art. 6 Gewerkschaftliche Freistellungen, Wartestände und Beurlaubungen

(1) Zum Zwecke der Rationalisierung und der Eindämmung der öffentlichen Ausgaben werden ab dem 1. Jänner 2015 die Kürzungen laut Art. 7 des Gesetzesdekrets vom 24. Juni 2014, Nr. 90 (Dringende Maßnahmen zur Vereinfachung und Transparenz der Verwaltungsverfahren sowie zur Effizienz der Gerichtsämter), umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz vom 11. August 2014, Nr. 114, angewandt. Die Neufestlegung der Stundenanzahl der Gewerkschaftsbeurlaubungen wird vom Regionalausschuss im Einvernehmen mit den repräsentativen Gewerkschaften verfügt, wobei die Stundenanzahl der

Beurlaubungen für die Teilnahme an Vertretungseinrichtungen, die einer höheren Ebene als die der internen Einrichtungen angehören, einer jeden Gewerkschaft anstelle des Anteils der Gewerkschaftsfreistellung zugewiesen wird.

Art. 7 Generationenwechsel

(1) Zur Förderung des Generationenwechsels innerhalb ihres Personals kann die Region – nach Rücksprache mit den Gewerkschaften – den Bediensteten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis bis zu deren Versetzung in den Ruhestand die Reduzierung ihrer Arbeitszeit im Rahmen des mit Beschluss laut Abs. 5 festgelegten Mindest- und Höchstanteils der Arbeitszeit eines Arbeitsverhältnisses mit Vollzeitbeschäftigung gewähren, sofern die Bediensteten nachstehende Voraussetzungen erfüllen:

- a) Alter von mindestens 60 Jahren oder höchstens fünf bis zur Erreichung der Früh- oder Altersrente zu leistende Dienstjahre;
- b) fortdauernd mit Vollzeitbeschäftigung geleisteter Dienst in den letzten drei Jahren vor Einreichung des Antrags oder mit Teilzeitbeschäftigung geleisteter Dienst in den vom Regionalausschuss festgelegten Grenzen im letzten Jahr vor Einreichung des Antrags.

(2) Die im Sinne des Abs. 1 genehmigte Reduzierung der Arbeitszeit kann nicht widerrufen werden.

(3) Bis zur Versetzung in den Ruhestand übernimmt die Verwaltung die Rentenbeiträge der Bediensteten, die die Voraussetzungen laut Abs. 1 erfüllen. Dabei werden die Beiträge um die Differenz zwischen der Beitragsbemessungsgrundlage entsprechend der zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrages durchgeführten Arbeitszeit mit Voll- oder Teilzeitbeschäftigung

und der effektiven Beitragsbemessungsgrundlage – einschließlich des Anteils zu Lasten der Bediensteten – ergänzt.

(4) Die sich aus der Anwendung der Maßnahmen laut diesem Artikel ergebenden Einsparungen werden zur finanziellen Deckung der Ausgaben für die Einstellung von Personal mit unbefristetem Arbeitsverhältnis verwendet.

(5) Der Regionalausschuss legt die Kriterien und Modalitäten für die Anwendung des Abs. 1 fest.

(5-*bis*) Im Rahmen der Ausgaben für die Tarifverhandlungen für den Dreijahreszeitraum 2016-2018 kann – gemäß den vom Regionalausschuss unter Berücksichtigung des Abs. 4 erlassenen Richtlinien – mit Tarifvertrag ein Anteil der Ressourcen zur Förderung der Arbeitszeitreduzierung für den Generationenwechsel laut diesem Artikel bestimmt werden.⁶

(6) Die Bestimmungen laut diesem Artikel können auch auf das Personal der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern Trient und Bozen angewandt werden.

Art. 8 Änderung von Abs. 7 des Art. 5 des Regionalgesetzes Nr. 5 vom 11. Juli 2014 [Abänderungen zum Regionalgesetz Nr. 2 vom 26. Februar 1995 (Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der Autonomen Region Trentino-Südtirol), so wie durch die Regionalgesetze Nr. 4 vom 28. Oktober 2004, Nr. 4 vom 30. Juni 2008, Nr. 8 vom 16.

⁶ Der Absatz wurde durch den Art. 4 Abs. 1 des Regionalgesetzes vom 15. Dezember 2015, Nr. 28 (Regionales Stabilitätsgesetz 2016) eingefügt und durch den Art. 7 Abs. 1 des Regionalgesetzes vom 15. Dezember 2016, Nr. 17 geändert.

November 2009, Nr. 8 vom 14. Dezember 2011 und Nr. 6 vom 21. September 2012 abgeändert, sowie zum Regionalgesetz Nr. 5 vom 23. November 1979 (Festsetzung der Bezüge für die Mitglieder des Regionalausschusses) mit seinen späteren Änderungen, zwecks Eindämmung der öffentlichen Ausgaben]

(1) (...)⁷

Art. 9 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

⁷ Ändert den Art. 5 Abs. 7 des Regionalgesetzes vom 11. Juli 2014, Nr. 5.